

**Mehr Wirtschaft wagen:
Leitlinien
für eine starkes und dynamisches Berlin**

Die Ausgangslage: Berlin kommt voran, doch der Aufholprozess wird noch dauern

Berlin entwickelt sich so gut wie seit Jahrzehnten nicht. Die Stadt punktet mit zum Teil enorm guten Wirtschaftsdaten – das Bruttoinlandsprodukt wächst seit Jahren stärker als der Bundesdurchschnitt, die Beschäftigung legt in keinem anderen Bundesland so stark zu wie hier, nirgends werden so viele Unternehmen mit so viel Wagniskapital gegründet wie in Berlin.

Allerdings befindet sich Berlin noch immer in einem Aufholprozess. Das zeigt sich vor allem bei der Arbeitslosigkeit. Mit einer Quote von 9,8 Prozent im Jahresdurchschnitt lag die Hauptstadt 2016 deutschlandweit auf dem vorletzten Platz, nur Bremen wies noch schlechtere Zahlen auf. Der Anteil der unqualifizierten Arbeitslosen ist weiterhin zu hoch. Noch immer profitieren sie nur unterdurchschnittlich vom Beschäftigungszuwachs. Hinzu kommt die nach wie vor schwierige Finanzlage der Stadt. Berlin ist mit 59 Milliarden Euro verschuldet, das sind mehr als zwei komplette Jahres-Etats. Um den nötigen Handlungsspielraum für die in vielen Bereichen dringend nötigen Investitionen zu bekommen, braucht die Stadt noch für viele Jahre überdurchschnittliches Wachstum. Der Weg zur Normalität ist noch lang.

Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung müssen deshalb die wichtigsten Ziele des neuen Senats sein. Er sollte in seiner Politik Grundlinien einziehen, die den Aufschwung robuster und die Hauptstadt für Investoren attraktiver machen. Erfolgreiche und wettbewerbsfähige Unternehmen sind die Grundlage für eine Stadt, die wächst und in allen Bereichen der Infrastruktur investieren muss. Nur eine funktionierende Wirtschaft wird der Politik den nötigen Spielraum dafür verschaffen. Es gilt, dies bei allen Entscheidungen der kommenden fünf Jahre zu berücksichtigen.

1. Die Wirtschaft braucht verlässliche und ressortübergreifende Lösungen

Investoren schätzen bei ihren Entscheidungen Geradlinigkeit und Verlässlichkeit. Die Politik tut gut daran, dies bei allen Fragen zu beachten. Sie muss vermitteln, dass sie sich ressortübergreifend um bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen kümmert. Das betrifft eine effiziente, dienstleistungsorientierte Verwaltung ebenso wie den Abbau von Regulierung und Bürokratie.

Ein Standort kann den vielfältigen Anforderungen der modernen Wirtschaft nur gerecht werden mit einer **Politik aus einem Guss**. Die Senatsverwaltungen müssen daher bei allen Themen eng zusammenarbeiten, damit es rasche und effiziente Lösungen gibt.

Es ist positiv, dass der Steuerungskreis **Industriepolitik** aufgewertet werden soll und sich der Regierende Bürgermeister weiterhin darum kümmern will. Allerdings ist ein abgestimmtes Vorgehen zwischen der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe für die Unternehmen wichtig. Zur **Förderung der Industrie** gilt es, alle verfügbaren Flächen für die industrielle Nutzung zu identifizieren und in einem Gewerbeflächen-Informationssystem sichtbar zu machen. Konflikte zwischen Wohnen und Gewerbe lassen sich so frühzeitig vermeiden.

Mit der **TXL Urban Tech Republic** wird im Norden Berlins ein wichtiges Wirtschafts- und Wissenschaftszentrum für neue Technologien entstehen. Es hat das Potenzial, eine ähnliche Anziehungskraft für aufstrebende Unternehmen zu entwickeln wie der Hightech-Standort Adlershof.

Innovation ist die Basis einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Deshalb ist eine ressortübergreifende Innovationspolitik besonders bedeutsam. Es hat sich bewährt, dass die Hauptstadtregion dabei auf fünf industrielle Innovationscluster setzt. Allerdings ist eine **Neujustierung der länderübergreifenden Innovationsstrategie** angesichts der Digitalisierung nötig. Digitale Lösungen spielen mittlerweile in jeder Sparte eine Rolle, nicht allein in der Branche Informations- und Kommunikationstechnik. In diesen Prozess muss auch die exzellente Wissenschaftslandschaft Berlins stärker als bisher einbezogen werden. Dazu gehört eine enge Verknüpfung mit den neuen digitalorientierten Wissenschaftsnetzwerken wie dem Fraunhofer Leistungszentrum Digitale Vernetzung und dem Einstein-Zentrum für Digitale Zukunft. Der Transfer digitalen Wissens aus den Hochschulen kann im **Institut für angewandte Forschung (IFAF)** gebündelt werden, das dafür einen Schwerpunkt Digitalisierung einrichten sollte. Die bestehende Plattform www.berlin-innovation.de sollte zum Showroom für digitale Produkt- und Verfahrensinnovationen ausgebaut werden.

Ein anderes Politikfeld, das hohe Relevanz für die Wirtschaft hat, ist die **Verkehrspolitik**. Die Unternehmen der Stadt sind auf einen funktionierenden Wirtschaftsverkehr angewiesen. Die Lösung kann deshalb nicht eine Verbotspolitik mit einer Ausweitung von Tempolimits und der Verknappung von Infrastruktur sein. Wir brauchen ein **Gesamtkonzept mit einem vielfältigen Mobilitätsmix**. Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem geplanten Citylogistik-Konzept zu, das den Vorrang des Wirtschaftsverkehrs festschreibt. Hinzukommen muss noch der Ausbau der Verbindungen ins Berliner Umland, um der wachsenden Pendlerzahl Rechnung zu tragen.

Seit 2013 wird die **Autobahn A100** um den 16. Bauabschnitt erweitert. Diese Erweiterung wird aber erst dann den innerstädtischen Verkehr wirksam entlasten können, wenn auch der 17. Bauabschnitt bis zur Anschlussstelle Storkower Straße fertiggestellt ist. Beide Abschnitte sind ein zusammenhängendes Bauprojekt. Der Bund als Geldgeber hat erkannt, dass der positive Nutzen die Kosten klar überwiegt. Deshalb hat er die A100 in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans eingestuft. Die Planungen für den 17. Bauabschnitt sollten in dieser Legislaturperiode rasch beginnen, damit die Arbeiten nahtlos fortgesetzt werden können. Sonst bleibt diese Investition unter ihren Möglichkeiten.

Der **Flughafen BER**, in den bereits erhebliche öffentliche Mittel geflossen sind, muss seine Kraft als Wachstumsmotor entfalten können. Das bedeutet, dass er angesichts deutlich steigender Passagierzahlen schnellstmöglich um das Terminal 2 erweitert werden muss. Dringend geboten ist zudem eine bessere Erreichbarkeit per Auto und öffentlichem Nahverkehr. Im Mittelpunkt steht hier der Ausbau der Dresdner Bahn. Das Land muss sich dafür zusammen mit den anderen beiden Gesellschaftern intensiv engagieren. Das gilt auch für die Finanzierung der nötigen Investitionen zur Kapazitätserweiterung des BER.

2. ***Gute Bildung ist die beste Eintrittskarte für den Arbeitsmarkt***

Investitionen in bessere und modernere Schulen sind aus Sicht der Wirtschaft eines der wichtigsten Handlungsfelder der Politik. Der Senat sollte Modernisierungen auf breiter Front unmittelbar in Angriff nehmen. Dabei darf es nicht allein um bauliche Ertüchtigung und energetische Sanierung gehen. Die Schulen müssen auch fit gemacht werden für das digitale Zeitalter. Dazu gehört auch die Aus- und Fortbildung der Lehrer, die in einer „School of Digital Education“ gebündelt wird.

Bei der **Schulpolitik** liegt der Fokus darauf, die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu senken und weiter an der Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger zu arbeiten. Investitionen auch in die lange Zeit vernachlässigten Berufsschulen helfen, die duale Ausbildung attraktiver zu machen.

Dies ist vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ohnehin geboten. Die Unternehmen handeln und haben ihr Ausbildungsplatz-Angebot in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet. Eine pauschale Abgabe für Unternehmen, die weniger ausbilden als andere, wäre aber im Sinne der jungen Menschen aus vielen Gründen kontraproduktiv. Sie würde die vielen Unternehmen, die gerne ausbilden würden, mangels qualifizierter Bewerber ihre angebotenen Plätze aber nicht besetzen können, doppelt bestrafen. Die Unternehmensverbände empfehlen, an der Vereinbarung der Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung“ beim Regierenden Bürgermeister festzuhalten. Die darin erwähnten Ziele sind auf das Jahr 2020 ausgerichtet.

Bei der **Integration** von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt geht es darum, sich auf betriebsnahe Lösungen zu konzentrieren und Rechtssicherheit herzustellen. Dies ist beispielsweise in den Bildungs- und Schulungseinrichtungen der Wirtschaft möglich. Die Unternehmen bieten dem Senat dazu eine enge Zusammenarbeit an.

3. ***Investieren und Konsolidieren müssen in der Balance bleiben***

In der vergangenen Legislaturperiode hat die rot-schwarze Regierung Verbindlichkeiten in Höhe von drei Milliarden Euro getilgt. Haushaltsüberschüsse wurden zur Hälfte investiert und zur Hälfte zur **Schuldentilgung** eingesetzt. Diese Finanzpolitik will die rot-rot-grüne Landesregierung nun ändern und die Tilgung auf das vom Stabilitätsrat von Bund und Ländern vorgesehene Mindestmaß von 80 Millionen Euro pro Jahr senken.

Schwenkte die Politik tatsächlich dauerhaft auf diese Linie ein, wäre die Hauptstadt ungefähr in 730 Jahren wieder schuldenfrei – im günstigsten Fall. Derzeit ist der Schuldenstand pro Einwohner der zweithöchste im Bundesdurchschnitt. Baut ein Staat Verbindlichkeiten in Aufschwungsphasen nicht ab, wirkt seine Finanzpolitik prozyklisch. Denn er muss im Falle eines Abschwungs und zurückgehender Einnahmen umso tiefere Einschnitte vornehmen, gerade angesichts der ab 2020 wirkenden Schuldenbremse und der wegfallenden Mittel aus dem Solidarpakt II.

Investoren schätzen eine **Finanzpolitik der langen Linien**. Der Gleichklang aus Investieren und Konsolidieren hat in der vergangenen Legislaturperiode für Kontinuität gesorgt. Vertrauen würde auch der Verzicht auf Steuererhöhungen in den kommenden fünf Jahren schaffen. Ohnehin ist

Berlin bei der Grunderwerbsteuer sowie bei den Hebesätzen für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer verglichen mit anderen Kommunen in der Region bereits im Spitzenfeld.

Alternative Finanzierungswege etwa für den Bau und die Modernisierung von Schulen zu prüfen, kann eine Option sein. Allerdings muss es für Verbindlichkeiten, die etwa landeseigene Unternehmen möglicherweise aufnehmen, eine klar definierte Obergrenze sowie einen soliden Tilgungsplan geben, der die wirtschaftliche Substanz des Unternehmens nicht gefährdet.

4. Die Digitalisierung braucht eine Strategie

Digitale Lösungen spielen in Wirtschaft und Gesellschaft eine immer stärkere Rolle. Die Benennung einer IT-Staatssekretärin ist ein richtiger Schritt. Sie muss jetzt als *Chief Digital Officer* eine **ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie** entwickeln. Denn Digitalisierung ist ein Querschnittsthema – für die Bereiche Bildung und Wissenschaft ebenso wie für Infrastruktur, Verwaltung oder Arbeit. Der Senat muss vereinbaren, welche Maßnahmen er in den einzelnen Handlungsfeldern angehen will und welche Ressourcen dazu nötig sind. Das Ziel muss sein, das Tempo der digitalen Transformation zu erhöhen und so zu Europas Digitalhauptstadt zu werden.

Die IT-Staatssekretärin muss darüber hinaus die verwaltungsinternen Bereiche IT-Infrastruktur, -Sicherheit, -Prozesse und -Ausbildung bündeln. Bei dieser Themenvielfalt ist es sinnvoll, das **IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) zur Digitalagentur** zu entwickeln und direkt der IT-Staatssekretärin zu unterstellen.

Als Herzstück der Digitalisierung muss es eine leistungsfähige digitale Infrastruktur für Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Unternehmen geben. Im Zuge der Schulsanierung und -modernisierung ist deshalb der Anschluss der Schulen an eine zentrale **Schulcloud** unabdingbar. Der Ausbau einer **industriefähigen Breitbandanbindung** ist voranzutreiben. Die notwendigen Übertragungsraten im Gigabit-Bereich setzen den Glasfaseranschluss bis ins Unternehmen voraus.

Investitionen in den digitalen Wandel sind Investitionen in die Zukunft. Die Finanzierung von digitaler Infrastruktur, digitaler Verwaltung oder digitaler Bildung muss deshalb ein fester Bestandteil der Haushaltsplanungen für die kommenden Jahre sein. Wir schlagen vor, im „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ mindestens zehn Prozent in digitale Projekte zu investieren (**SIWA digital**).

Eine leistungsfähige Verwaltung ist unabdingbar, damit Berlin den Investitionsstau in vielen Bereichen auflösen kann. Derzeit dauert es zu lange, bis zur Verfügung gestellte Mittel abfließen. Digitale Lösungen können auch bei der **Modernisierung der Verwaltung** eine wichtige Rolle spielen. IT-gestützte Verfahren würden viele Abläufe effizienter machen. Hinzukommen muss aber eine qualitative Aufgabenkritik auf allen Ebenen. Die Personalstärke der Verwaltung durchgehend wieder auf den früheren Stand zu bringen, ist dagegen aus Sicht der Wirtschaft nicht erforderlich.

5. Vorrang für marktwirtschaftliche Lösungen

Angesichts ihrer rasanten Entwicklung steht die Stadt vor enormen Herausforderungen. Ohne innovative und leistungsfähige Unternehmen wird Berlin sie nicht bewältigen können. Deshalb muss

die Koalition **Vertrauen in marktwirtschaftliche Lösungen** haben. Schon jetzt spielt der Staat eine große Rolle in der Wirtschaft – das Land ist an 55 Unternehmen beteiligt. Der Ausbau staatlicher Tätigkeit und Regulierung bedeutet darüber hinaus mehr Bürokratie. Das bremst die Dynamik der Wirtschaft – schon heute leidet das Ansehen des Standortes unter der Qualität der Verwaltung.

Vor allem im Bereich des **Wohnungsbaus** sollte der Staat stärker auf die Kraft der Unternehmen setzen. Die landeseigenen Gesellschaften werden das Thema nicht im Alleingang lösen können. Ohne das Engagement privater Investoren wird es nicht gehen. Sie können aber nur erfolgreich sein, wenn ihre Flexibilität nicht durch weitere Vorschriften und Auflagen eingeengt wird. Die Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften per Verfassung auszuschließen, ist nicht sachgerecht und verbaut politischen Spielraum in der Zukunft.

Ohnehin ist es widersprüchlich, auf der einen Seite den Bau zusätzlicher Wohnungen zu einem der obersten Ziele zu erklären und auf der anderen Seite durch weitere Vorschriften die Kosten nach oben zu treiben. Dies wäre die Folge höherer energetischer Standards und weiterer Auflagen für Investoren hinsichtlich Belegung und Wohnungsgröße.

Im Bereich Energie wäre eine stärkere Rolle des Staates, etwa durch eine **Rekommunalisierung**, mit Risiken verbunden. Je größer die Beteiligung an Versorgern oder Netzen ist, desto höher wäre im Fall einer Krise auch die Haftung des Landes. Die Risiken einer öffentlichen Beteiligung steigen mit der Höhe der Beteiligung. Dagegen spricht nichts gegen Kooperationslösungen zwischen dem Land und privaten Unternehmen.

Für problematisch hält die Wirtschaft einen **Vergabe-Mindestlohn** für öffentliche Aufträge, der über dem bundesweit geltenden gesetzlichen Mindestlohn liegt. Ein solcher Sonderweg würde für unnötige Bürokratie sorgen. Außerdem würde ständig die Gefahr bestehen, dass der Mindestlohn politisiert wird. Auch weitere Kriterien bei Entscheidungen in der Vergabepolitik heranzuziehen, wäre aus Sicht der UVB eine Überfrachtung der Wirtschaftspolitik. Um ökologische, soziale oder geschlechtergerechte Ziele zu erreichen, bieten sich andere Politikfelder an.